

Calmer Tagblatt

Nr. 64.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigerpreis: Die kleinste halbe Seite 40 Hg. Reklamen 1.50 Wrt. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Mittwoch, den 17. März 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Wrt. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis Wrt. 8.10 ohne Bestellgeld.

Tage und Stunden der Hochspannung.

Demokratie oder militärische Reaktion.

Reichspräsident Ebert hat einem Vertreter des Wolffischen Telegraphenbüros folgende Mitteilung gegeben:

Mit der Reichsregierung befinde ich mich in völliger Uebereinstimmung. Von der Erklärung, die wir in der Nacht vom Samstag auf das Ultimatum der Staatsstreicher gegeben haben, sind wir bisher nicht abgewichen. Von einer Verständigung mit den eibtrüchtigen Verfassungsfeinden kann keine Rede sein. Ihr Wort verdient keinerlei Vertrauen. General Gröner habe ich auf das in der Presse veröffentlichte Telegramm (s. unten) geantwortet, daß ich ihn hier zur mündlichen Besprechung erwarte. Bisher ist er noch nicht eingetroffen. General Märker hat von uns keinen Auftrag zu Verhandlungen mit den Berliner Staatsstreichern. Wir haben Märker vielmehr gesagt, daß es bei unserer Erklärung auf das Ultimatum bleiben müsse. Den Vertretern der Koalitionsparteien haben wir mitgeteilt, daß wir auf bedingungslosem Rücktritt der Staatsstreicher bestehen müssen.

Die Lage im Reiche führt Präsident Ebert fort, gestaltet sich immer mehr zu unseren Gunsten. Württemberg hält fest zu uns. Ebenso stehen Baden, Bayern, Hessen, wie auch Sachsen und ganz Nordwestdeutschland auf dem Boden der Reichsverfassung und halten treu zu uns. Nur in Ostpreußen haben die Staatsstreicher bisher einigen Anhang gefunden. Dieser Anhang rekrutiert sich aus der alten preussischen Reaktion. In Süddeutschland herrscht in allen Kreisen darüber große Empörung, ebenso nach den uns zugegangenen Nachrichten im Rheinland und in Westfalen. Wenn durch das Vorgehen der Staatsstreicher es in mehreren Orten zu gewaltsamen Zusammenstößen kam, unser Wirtschaftsleben schwer erschüttert und die Ernährung aufs höchste gefährdet wird, so trifft die volle Verantwortung die Putschisten. Den General Lüttich habe ich vor Ausführung seines wahnsinnigen Planes auf das nachdrücklichste auf diese Folgen aufmerksam gemacht. Die Deutsch-Nationalen werden sich wohl der Stuttgarter Nationalversammlung fern halten. Dagegen sind schon mehrere Unabhängige hier. Unser Ziel ist: Sicherstellung der Verfassung, schnellste Wiederherstellung der wirtschaftlichen Ordnung und öffentlichen Sicherheit. Wir müssen darauf bestehen, daß die rebellischen Truppen aus Berlin zurückgezogen und aufgelöst werden.

Präsident Ebert schließt: Es zeigt sich jetzt klar, daß die seit Wochen betriebene Heße der Deutsch-Nationalen auf den Sturz der Verfassung und der Demokratie gerichtet war. Die Demokratie oder die militärische Reaktion ist die Frage. Ich zweifle keinen Augenblick, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes zur Demokratie steht.

Die Führer der Berliner Bewegung.

Der Name des Generallandschaftsdirektors Kapp ist zum ersten Mal in weiteren Kreisen im Juni 1916 bekannt geworden durch eine Schrift „Die nationalen Kreise und der Reichskanzler“, worin Kapp mit wilder Heftigkeit gegen den damaligen Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg zu Felde zog, der ja den konservativen Kreisen längst ein Dorn im Auge war. Als Bethmann in einer Rede im Reichstag sich gegen den scharfen Angriff Kapps verteidigte, forderte dieser ihn zum Zweikampf, zu dem es übrigens nicht kam. Kapps Wiederwahl zum Generallandschaftsdirektor wurde daraufhin nicht bestätigt; erst die Regierung des Kanzlers Michaels befestigte die Wahl. Zum zweiten Mal machte Kapp im Jahre 1917 durch seine Gründung der Vaterlandspartei von sich reden. Er übernahm damals den Posten eines zweiten Vorsitzenden der Partei. Dem alten Reichstag gehörte Kapp von Februar 1918 ab als Vertreter des ostpreussischen Wahlkreises Ragnit-Willkallen an. Kapp gehört den ganz rechtsstehenden konservativen Kreisen an und hat ganz zweifellos monarchistische Ziele, wenn er auch vorläufig, wie es den Anschein hat, in seinen Kundgebungen sich auf den Boden der Republik stellt.

Auch über die monarchistische Gesinnung des Generals der Infanterie v. Lüttich besteht kein Zweifel. Als Kommandeur der Berliner Reichswehrtruppen ist er wiederholt erwähnt worden. Am Tage vor dem Putsch hatte er sich beurlauben lassen. Vor dem Krieg war er Kommandeur der heftigen Division in Darmstadt. Im Krieg war er eine Zeitlang Chef des Stabs der Armee des Herzogs Albrecht von Württemberg. Nach Unterzeichnung des Friedens wendete er sich in einem Aufruf an die ihm unterstellte Reichswehr, worin er den Standpunkt vertrat, daß die Annahme der Deutsch-

land entehrenden Paragraphen mit des Reiches und des Vaterlandes Ehre unvereinbar seien.

In dem Kreis der Männer um Kapp taucht nun mit einem Mal auch der vielgenannte Oberst Bauer auf. Er ist der Nachfolger des Chefs des Stabs der Reichswehr, des Generals v. Diederichsen, der seinen Abschied genommen hat, weil er seinen auf die Verfassung geleisteten Eid nicht brechen wollte. Die Berliner Reichswehr ist bekanntlich größtenteils zu Kapp übergelaufen. Oberst Bauer war im Krieg einer der Hauptmitarbeiter Ludendorffs, und der Gedanke liegt nahe, daß Ludendorff hinter ihm steht. Jedenfalls ist auch er Monarchist vom reinsten Wasser. Das geht deutlich aus einer Aeußerung hervor, die er erst kürzlich dem Herrn v. Wiegand, dem Berliner Vertreter der amerikanischen Hearstpresse gegenüber getan hat. Er bezeichnete nämlich die Präsidentschaftskandidatur Hindenburgs nur als ein Mittel zum Zweck, nur als die Vorbereitung für die Thronsetzung des ehemaligen Kronprinzen Wilhelm.

Nach einer Berliner Meldung der „Frankf. Ztg.“ gehört zu den Mitarbeitern Kapps auch der frühere Unterstaatssekretär v. Faltenhausen, der unter Herrn v. Schorlemer im preussischen Landwirtschaftsministerium beschäftigt war. Es soll ferner beabsichtigt sein, den früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Traugott v. Jagow, zum Minister des Innern zu machen. Die Leitung des auswärtigen Amtes hat Unterstaatssekretär v. Hanke übernommen, der erklärt hat, daß er nach wie vor seinem geschäftsmäßigen Minister des Auswärtigen verantwortlich sei.

Der Reichsminister des Aeußern über die Lage.

Der Stuttgarter Vertreter des Wolffischen Telegraphenbüros hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Aeußern, Hermann Müller, über die Rückwirkung des Berliner Militärputsches auf die Beziehungen der Deutschen Republik zu den anderen Staaten. Minister Müller erklärte, daß die fremden Regierungen zu den Staatsstreichern in Berlin bisher keine Beziehungen angeknüpft hätten. Das Ausland halte sich allein an die verfassungsmäßige Regierung, die wegen der kommenden Tagung der Nationalversammlung zur Zeit in Stuttgart ihren Sitz hat. Minister Müller sagte, daß nach Berliner Nachrichten der englische Geschäftsträger Lord Kilmarock es abgelehnt habe, einen Vertreter Kapps zu empfangen. Die alliierten Regierungen würden nicht erwarten, daß eine Regierung Kapp und Lüttich den Friedensvertrag lokal ausführen wolle, soweit das möglich sei. Minister Müller legt den größten Wert darauf, festzustellen, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, sich mit dem Landschaftsdirektor a. D. Kapp in Kompromißverhandlungen einzulassen. In dem Kampfe, den die Staatsstreicher dem so schwer geprüften deutschen Volke aufgezwungen haben, gebe es nur ein entweder — oder. Jedes Kompromiß müßte in dem gesamten Ausland den Eindruck erwecken, daß die deutsche Regierung nur das Feigenblatt des Militarabsolutismus sei. Jetzt sei der historische Moment für das deutsche Volk, zu beweisen, daß die deutsche Revolution, wirklich keine Samoullage war, daß das deutsche Volk wirklich Herr seiner Geschichte sei. Die der Regierung aus dem Lande zugehenden Berichte zeigten, daß das deutsche Volk sich der Gefahren bewußt sei, welche die Vorkämpfer einer monarchistischen Restauration herausbeschworen hätten. Auch militärisch bessere sich die Situation zusehends. So habe z. B. die Marine in Wilhelmshaven die Offiziere, die sich für Kapp erklärt hätten, einfach festgenommen und sich rückhaltlos auf den Boden der Verfassung gestellt. Der Staatsstreich müsse, ohne daß den Staatsstreichern Konzessionen gemacht würden, in kürzester Frist zusammenbrechen. Dies sei die Voraussetzung für eine Konsolidierung der deutschen Verhältnisse und für die Erhaltung des Vertrauens des Auslandes zur deutschen Republik.

Der Rücktritt der Regierung Kapp?

(W.B.) Stuttgart, 16. März. (Nichtamtlich.) Nach Zeitungsmeldungen hat die Regierung Kapp der Reichsregierung angeboten, zurückzutreten, und die Gewalt, soweit sie in ihren Händen ist, an den Reichspräsidenten zurückzugeben, wenn binnen 2 Monaten die Neuwahlen erfolgen. — Hierzu ist zu bemerken, daß es die politische Lage wohl ganz von selbst erforderlich machen wird, sobald die Ordnung wiederhergestellt ist, zu Neuwahlen zu schreiten. Die Regierung lehnt aber auf jeden Fall ganz entschieden ab, sich mit dem Staatsstreicher Kapp darüber in irgend einer Form auseinander zu setzen.

(W.B.) Frankfurt a. M., 17. März. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: Auf Grund der im Reichstag geführten Verhandlungen haben Dr. Kapp und General v. Lüttich, dieser nach längerem Schwanken, ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt, die Regierung an den Vizetanzler übergeben. General v. Hülse hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der Truppen übernommen. Die Unabhängigen Dr. Cohn und Däumig waren in der Reichsstanzlei erschienen und hatten ein Ultimatum überreicht, daß, wenn nicht bis 9 Uhr abends die Truppen zurückgezogen würden, sie mit den bewaffneten Arbeitern zum Angriff schreiten würden. Anschließend unter dem Eindruck dieser Nachricht sind Dr. Kapp und General v. Lüttich wieder anderen Sinnes geworden und haben Bedingungen für den Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an.

General Gröner als Vermittler.

Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ hat General Gröner an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an den Reichspräsidenten Ebert ein Telegramm gerichtet, worin er die Kapps-Lüttich als für das deutsche Reich unmöglich bezeichnet und auf die Gefahr hinweist, daß der Süden und Westen des Reiches von dem übrigen Reich abgedrängt wird. An den Generalfeldmarschall wird die Bitte gerichtet, er möge sich dafür einsetzen, daß die Reichswehr auf den verfassungsmäßigen Boden zurückkehrt. Dem Reichspräsidenten Ebert bietet General Gröner seine Vermittlung an.

Sitzung des Reichskabinetts.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Am Dienstag nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten eine Kabinettsitzung statt, an der auch die Vertreter der Regierungen von Württemberg, Preußen, Baden und Hessen teilnahmen. — General Märker, der auf eigene Faust nach Berlin zu Kapp und Lüttich gefahren war, ist nach Stuttgart gekommen, um der Reichsregierung Bericht über seine Berliner Eindrücke zu halten. Er betonte ausdrücklich, daß er nicht als Unterhändler komme, er wolle nur angesichts der fürchterlichen Situation, in die Deutschland durch den Berliner Putsch geraten sei, zu gewissen Zugeständnissen raten, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. Das Kabinett erklärte ausdrücklich und einmütig, daß von einer Verhandlung oder von einem Kompromiß keine Rede sein dürfe. Die Reichsregierung fordert den sofortigen und bedingungslosen Rücktritt Kapps, v. Lüttich und der übrigen neuen Männer, Unterstellung der Truppen unter einen General, der in keiner Weise an der Revolte beteiligt war und auf dem Boden der Verfassung steht, sofortiges Abstoppen der Aufstellung der eigenen Division und der Offizierskompagnien, Abtransport der Marinebrigade von Berlin und Auflösung unter einem neuen Befehlshaber. — Die Vertreter aller einzelstaatlichen Regierungen haben diesen Forderungen rückhaltslos zugestimmt.

Keine Verhandlungen mit den Berliner Gewalthabern.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Die sozialdemokratische Landesfraktion von Bayern hat an die Reichsregierung in Stuttgart telegraphisch, daß sie es als selbstverständlich erwarte, daß auch nicht einmal der Gedanke an Verhandlungen mit den Berliner Rechtsbrechern erwoogen wird.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Die Mitglieder der badischen Landesregierung sind in Stuttgart eingetroffen und haben den Entschluß der Reichsregierung, nicht mit den Aufständischen zu verhandeln gebilligt. Die badische Regierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Kompromiß mit den Verschwörern zu einer neuen Mainlinie führen würde. Die württembergische und die heftige Regierung stehen auf dem gleichen Standpunkt.

Der Zusammentritt der Nationalversammlung.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Es liegen nunmehr so viele Anmeldungen von Abgeordneten vor, daß der Zusammentritt der Nationalversammlung gesichert ist. Eine Reihe von Sonderzügen aus Schlesien, Magdeburg und dem Westen des Reichs sind bereits eingetroffen. Weitere Züge werden heute und morgen erwartet. Nach Besprechung der Fraktionsführer und dem Vizepräsidenten mit dem Präsidenten der Nationalversammlung werden am Mittwoch nachmittag Sitzungen des Ältestenrates und der Fraktionen stattfinden. Die erste Vollversammlung der Nationalversammlung im Konigsbau wird am Donnerstag nachm. 4 Uhr eröffnet werden.

Einladung.
Freunde und
en 20. März
er
eiß in Calw
r. Renthsler,
Calw.

ung.
Freunde und
en 18. März
er
Würzbach
Würzbach.
Würzbach.
bach.

pfiehlt:
huffett,
me in schwarz,
und weiß.
Remy Reiss-
u. Hoffmanns
glanzstärke,
er-Vorag,
schblau.
mpulver,
sch- und
ttenseifen,
wämme
er Auswahl.

kommen am
mittags 10 Uhr
Barzahlung zur

er, 3 Säcke,
Milchkannen
reit zu halten.
v Dhngemach.
Färben
ände
adstrasse.
maschine
ktstraße 87.

eute
eingestellt.
e Werke,

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, hat vom Direktor beim Reichstag Jungheim folgende Depesche erhalten:

„Mir ist gestern folgendes Schreiben zugestellt worden: Es verleiht, daß die Nationalversammlung von einer anderweitigen Regierung nach einem anderen Orte als Berlin einberufen werden soll. Der Sitz der Nationalversammlung bzw. des Reichstags ist verfassungsgemäß am Orte der Regierung. Ich mache Sie als Direktor vom Reichstag für die Verwaltung des Hauses und besonders für das unveränderte Verbleiben der Ältern im Reichstagsgebäude zu Berlin verantwortlich und ordne an, daß Sie sich nicht von Berlin zu entfernen haben. Das gleiche gilt für die Beamten und Diener des Hauses. Die dauernde Anwesenheit der Beamten und Diener in Berlin wird kontrolliert werden. Der Reichskanzler, gez. Rapp. Wenn Präsident Fehrenbach nicht anwesend, bitte umgehend nachzusenden.“

Präsident Fehrenbach hat an Dir. Jungheim folgende telegraphische Antwort gefandt: „Die Nationalversammlung tagt in Stuttgart. Ersuche, mit nötigem Personal alsbald hierher zu kommen und erforderliches Material, insbesondere Notetat, Besoldungsvorlage und Verrechnungsgeheh mitzubringen.“

Neue Rundgebungen gegen die Rapp-Regierung.

Das Landeskartell der christlichen Gewerkschaften für Württemberg und Hohenzollern nimmt in einer Entschliessung zu den Berliner Vorgängen Stellung. Darin wird der militärische Putsch in Berlin entschieden abgelehnt als „ein Verbrechen am Volke und am Staat.“ Streikmaßnahmen in Württemberg werden „doreerst nicht als das richtige Mittel“ bezeichnet.

Der Lippeische Landespräsident hat der Reichsregierung in Stuttgart telegraphisch die Entschliessung des Lippeischen Landtags mitgeteilt, worin dieser die Erwartung ausdrückt, daß die Lippeische Regierung die Beziehungen zur rechtmäßigen Reichsregierung aufrecht erhalte und wozu alle willkürlichen Störungen der ruhigen politischen Entwicklung scharf verurteilt werden.

Bezeichnend für die Lage in Sachsen ist eine Rundgebung des Bürgerausschusses zu Döschau. In einer von sämtlichen Parteien (auch von der äußersten Rechten und Linken) unterzeichneten Entschliessung wird der Berliner Putsch aufs schärfste verurteilt.

Ein Aufruf an die besetzten Gebiete.

In einem Aufruf der Reichsregierung in Stuttgart an die besetzten Gebiete heißt es: „Die Lage der Umstürzler sind gezählt. Sie geben ihr Spiel verloren. Darum suchen sie noch in letzter Stunde Verhandlungen anzuknüpfen mit der Reichsleitung. Auf Verhandlungen mit diesen Hochverrätern und meinedigen Offizieren darf und wird sich die Reichsregierung nicht einlassen. Inzwischen machen die Auführer verzweifelte Rettungsversuche. Dazu gehört, um bei den Bewohnern der besetzten Gebiete Boden zu gewinnen, die Behauptung, daß die Entente ihre Bestrebungen unterlässe. Das Gegenteil ist wahr. Mit unzweideutiger Entschiedenheit nimmt die Entente Stellung gegen die militärischen Berliner Gewaltpolitiker. Die Reichsregierung lebt der unerschütterlichen Überzeugung, daß auch für ihr Verhältnis zu den Bewohnern der besetzten Gebiete der Wahlspruch „Treue um Treue“ gilt. Gemeinsam wollen wir zusammenleben, um uns den durch die Auführer schwer gefährdeten Bestand und die Einigkeit unseres geliebten Vaterlandes zu bewahren.“

Abhebung des Generals Märker.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske haben heute die Abhebung des Generals Märker (Wehrkreiskommando IV, Dresden) verfügt. Das Kommando ist General Müller übertragen.

Die Lage im Reich.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Auf telegraphisches Ersuchen des Reichsministers des Innern um Berichterstattung ist von sämtlichen wichtigsten Landesregierungen die Nachricht eingegangen, daß sie treu zur verfassungsmäßigen Reichsregierung stehen und die dort liegende Reichswehr sich der Berliner Bewegung nicht angeschlossen hat. — In Sachsen haben sich die Truppen unter Führung des Generalleutnants Müller der verfassungsmäßigen Reichsregierung zur Verfügung gestellt. — In Bayern steht General Moehl mit seinen Truppen unbedingt hinter der Regierung. Als in Altdorf der Führer des dortigen Bataillons einen Druck auf die Landesregierung ausüben wollte, lehnte sich die Truppe und die Einwohnerwehr auf; die Offiziere wurden in Schutzhaft genommen.

Die Vorgänge in Berlin.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Nach aus Berlin eingetroffenen, absolut zuverlässigen Nachrichten steht Berlin vor schwersten Kämpfen. Die Regierung Rapp hat sich zu jedem Entgegenkommen Privatpersonen gegenüber in Personalfragen bereit erklärt. — In Berlin haben die Unterstaatssekretäre sämtlicher Reichsministerien unter Führung des Unterstaatssekretärs Lewald beschlossen, den Gewalthabern jede Dienstleistung zu verweigern. General Seck und die Departementsdirektoren des Reichswehrministeriums tun gleichfalls keinen Dienst.

(W.B.) Berlin, 17. März. Die gestrigen Berichte über die Vorgänge erweisen sich nach genaueren Feststellungen als außerordentlich übertrieben. Die von der Menge an manchen Stellen verübten und bedrängten Soldaten feuerten vielfach nur Schreckschüsse ab. Durch scharfe Schüsse getötet wurde nur eine Person, während etwa fünf Personen verletzt wurden. Die Versorgung mit Wasser, Gas und Elektrizität wird von der Technischen Reichsanstalt aufrecht erhalten, ist aber unregelmäßig. Straßenbahn und Ringbahn verkehren vorläufig noch nicht. Auch die Postbestellung ruht teilweise, dürfte aber bald wieder im vollen Umfang aufgenommen werden.

Die Lage in Bayern.

(W.B.) München, 16. März. Der Landtag hat heute nachmittags den bisherigen Regierungspräsidenten von Ober-

bayern, Dr. v. Kahr, mit 92 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Dr. v. Kahr erklärte, daß die fürchtbar erste Zeit ihn bestimme, die Wahl anzunehmen. Er betrachtete sich als Treuhänder der Volkssouveränität und als Plaghälter für den Ministerpräsidenten, der auf Grund des nächsten Wahlergebnisses vom Landtag zu wählen sei. — Nachts gegen 10 Uhr wurde die Landtagsitzung wieder aufgenommen. Präsident Schmitt verlas eine Erklärung, die zwischen Dr. v. Kahr und den Vertretern der Bayer. Volkspartei, der Mehrheitssozialdemokraten, der Deutschdemokraten, des Bayer. Bauernbunds und der Bayer. Mittelpartei vereinbart worden ist. Darin heißt es, daß an der Reichs- und Landesverfassung unverbrüchlich festzuhalten und jedem Versuch entgegenzutreten sei, von rechts oder links her in die Tätigkeit der Regierung oder des Landtags einzugreifen.

(W.B.) München, 17. März. Der Bayerische Bauernverein, der Bayer. Bauernbund und der Bund der Landwirte, sowie der Deutsche Bauernbund richteten an die Arbeiter in- und außerhalb Münchens einen Aufruf, in dem an die Arbeiter die Aufforderung ergeht, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Frauen und Kinder vom Streik sofort abzulassen. Das Erfordere die ohnehin sehr traurige Lage unseres Ernährungswesens.

Sonstige Nachrichten aus dem Reich.

Nach Meldungen des Wolffbüros kam es in Hannover zu mehreren Zusammenstößen zwischen der Menge und Militär, wobei es Tote und Verwundete gab. — In Köln kam es zu mächtigen Rundgebungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen die Berliner Vorgänge. — Das Ruhrgebiet steht hinter der Regierung Ebert-Bauer. Die Arbeit in Dortmund wurde wieder aufgenommen. In Dortmund kam es zu einem links-radikalen Putschversuch, wobei es 14 Tote gab. Die Bergarbeiterverbände haben gemeinsam mit dem Bechensverband beschlossen, Berlin nicht mehr mit Kohle zu beliefern, solange es in den Händen der Putschisten ist. — In Magdeburg hat General v. Grob-ed eine Entlassung gegeben. Die Reichswehr hat sich der alten Regierung zur Verfügung gestellt. — Aus Gera wird gemeldet, daß es nach blutigen Kämpfen gelungen sei, das dortige Militär, das zur Rapp-Regierung hielt, zu schlagen und zu entwaffnen. — In Hagen i. Westf. bleibt die Lage gespannt. Das Korps Lichtschlag ist von der dortigen Arbeiterschaft überwältigt worden. Es sind jetzt regierungstreue Truppen nach Hagen geschickt worden. Der radikale Teil der Arbeiterschaft scheint die Lage auszunützen zu wollen. — Grob-Hamburg befindet sich in der Gewalt der Anhänger der alten Regierung. — In Leipzig kam es wieder zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Arbeitern und Militär. In verschiedenen Vororten wurde geplündert.

Ein ostpreussischer Vorschlag für eine Regierung des nationalen Wiederaufbaues.

(W.B.) Königsberg, 16. März. Oberpräsident Wini-g hat am Sonntag an beide Regierungen eine Drabting folgendes Inhaltes gerichtet: Um Deutschlands Untergang und den Bürgerkrieg zu verhindern, ist die schleunige Bildung einer Koalitionsregierung unbedingt erforderlich. Ostpreußen richtet hiermit die dringende Mahnung an beide Regierungen, unverzüglich miteinander in Verhandlungen zu treten und eine Regierung des nationalen Wiederaufbaues zu bilden. Im Falle eines sonst unabwendbaren Bürgerkrieges wird Ostpreußen zuerst ein Raub seiner feindlichen Nachbarn werden und der Anarchie verfallen. In dieser Schicksalsstunde müssen alle Parteigegegensätze vor der Not des Vaterlandes zurücktreten.

Fremde Geschäftsträger in Stuttgart.

(W.B.) Stuttgart, 15. März. Die französische Regierung teilt den Entschluß mit, einen Herrn André Bruyère, Vot-schaftssekretär, nach Stuttgart zu entsenden, um die französische Regierung bei der deutschen Regierung als charge des affaires zu vertreten.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Der hier eingetroffene Geschäftsträger der französischen Regierung, Herr Bruyère, hat sofort beim Minister der auswärtigen Angelegenheiten Müller seinen Antrittsbesuch gemacht. Minister Müller gab dem Geschäftsträger einen ausführlichen Situationsbericht und führte u. a. aus, daß der Präsident der deutschen Friedensdelegation in Paris in ständiger Verbindung mit ihm stehe und die Geschäfte im Auftrag der verfassungsmäßigen Regierung führe. — Der österreichische Gesandte Dr. Szarman ist mit seinem Attache in Stuttgart eingetroffen, um die Beziehungen zur Reichsregierung aufrecht zu erhalten.

(W.B.) Koblenz, 16. März. Der Vertreter des britischen Mitgliedes der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz Herr Robertson ist als Vertreter der englischen Regierung bei der verfassungsmäßigen deutschen Reichsregierung heute nach Stuttgart entsandt worden.

Das Urteil der ausländischen Presse.

(W.B.) Wien, 17. März. Die gesamte Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die schwere Krise, in die Deutschland geraten ist, durch Verständigung zwischen den Regierungen in Stuttgart und Berlin eine friedliche Lösung finden möge.

(W.B.) Prag, 17. März. Die „Revue“, das Organ des tschechoslowakischen Ministeriums des Aeußern, schreibt über die Lage in Berlin u. a., wenn es tatsächlich zu einem Kompromiß zwischen beiden Parteien käme, so würde das in der Hauptache den Triumph der Gewalt und der reaktionären Ideen bedeuten.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Die Pariser Presse bringt wieder spaltenlange Berichte über die Lage in Deutschland. Sie kommen zum größten Teil aus der Schweiz und vom besetzten Rheinland, aber auch von Berlin. Sie sind einseitig zugunsten und zeichnen die Lage infolge von Unruhen in den einzelnen Städten und infolge der Streiklage recht düster. Vor allen Dingen fällt eine Nachricht auf, die rheinische Republik sei ausgerufen wor-

den. Sie wird jedoch von Koblenz aus dementiert. „Petit Pa-risien“ erklärt, die Alliierten könnten kein Regime anerkennen, das durch eine Mutterei emporgelommen sei. Die alliierten Geschäftsträger in Berlin könnten offiziell mit der sogenannten „neuen“ Regierung nicht in Verbindung treten. — „Matin“ teilt mit, es läge in der Absicht der französischen Regierung, als Legale Regierung in Deutschland nur die anzuerkennen, die sich morgen in Stuttgart der Nationalversammlung vorstellen werde. — „Observer“ London erklärt, es stehe außer Zweifel, daß für die Alliierten nur die verfassungsmäßige Regierung in Stuttgart verhandlungsfähig sei.

Lloyd George über die Ereignisse in Deutschland.

(W.B.) Amsterdam, 17. März. Reuters meldet aus London, daß Lloyd George im Unterhaus erklärte, die alliierten Regierungen würden jede Bewegung der Monarchisten oder eine Militärreaktion in Deutschland mit Beforgnis verfolgen. Es werde noch gut sein, die Ereignisse abzuwarten, bevor man irgendwelche Maßnahmen ergreife. Die Lage werde sehr sorgfältig beobachtet.

Der Sieg des Deutschtums in Schleswig.

Die Aufmerksamkeit aller Deutschen ist seit einigen Tagen ausschließlich auf die Vorgänge in der Reichshauptstadt gerichtet, nur so konnte es geschehen, daß eine so wichtige Angelegenheit wie die Abstimmung in der zweiten Zone unserer Nordmark fast nicht beachtet wurde. Am Sonntag, also unmittelbar nach dem Einzug der neueren Truppen in der Wilhelmstraße in Berlin, fand der Kampf zwischen dem Deutschtum und dem letzten nach Südschleswig angelandenen Dänentum statt. Auch hier zeigte sich die Leidenschaft der Berliner Putschmänner. Wäre nur das Wohl des Vaterlandes der Leitfaden ihrer Handlungen gewesen, dann hätten sie unbedingt auf diese so überaus wichtige Volksabstimmung Rücksicht nehmen müssen. Es ist kaum anzunehmen, daß durch die Berliner Vorgänge das Wahlergebnis in einem für Deutschland günstigen Sinne beeinflusst wurde. Trotzdem können wir uns über den glänzenden Sieg freuen, den das Deutschtum am Sonntag errungen hat. Besonders Flensburg hat sich ganz ausgezeichnet gehalten. Es war ja kaum anders zu erwarten, denn die zweite Zone in Schleswig besteht zur Hauptsache aus einer deutsch sprechenden Bevölkerung. Freilich, wenn man bedenkt, mit welcher wirksamer und mächtiger Propaganda die Dänen für sich gearbeitet haben, — wir haben in unserem Aufsatz zur ersten Abstimmung ein kleines Bild davon entworfen, — dann wird einem verständlich, daß es kein leichter Kampf war, der am Sonntag seinen Abschluß mit einem deutschen Sieg fand. Wie 6:1 verhalten sich etwa die abgegebenen deutschen zu den dänischen Stimmen.

Daß die Dänen ernste Absichten auf beträchtliche Gebietsteile mit rein deutscher Bevölkerung haben, das zeigte ein Artikel in dem dänischen Blatt „Danstøren“ zur Genüge. Es werden darin Schulen in dänischem Geist an der Grenze, ferner eine dänische Presse in deutscher Sprache gefordert; die Bevölkerung Südschleswigs soll durch jährliche Dänemarkreisen wieder mit Dänemark verknüpft werden. Dies sind nur einige Hauptpunkte des dänischen Programms. Sie beweisen deutlich genug, welche wichtigen Kampf das Deutschtum in der Nordmark kämpfte und in Zukunft zu kämpfen haben wird. Denn noch ist die Grenze zwischen den beiden Ländern nicht endgültig festgesetzt. Nach dem Friedensvertrag sollte der Wunsch der Bevölkerung für ihren Verlauf maßgebend sein. Diese Bestimmung ist durchaus gerecht. Von der Art der Abstimmung kann man das leider nicht behaupten. Das Abstimmungsverfahren ist so spitzfindig ausgeklügelt, daß es eine starke Bevorzugung Dänemarks bedeutet. Man wählte zunächst für die erste Zone die Gesamtabstimmung, bei der es auf die Gesamtstimmenzahl ankommt. Dies hätte man gelten lassen können, wenn die Zone von lauter Dänen bewohnt gewesen wäre. Wir haben aber schon früher darauf hingewiesen, daß durch dieses Verfahren beträchtliche, rein deutsche Gebietsteile zu Dänemark gekommen sind, z. B. Tondern und Hoyer und die Gegend südlich der beiden Städte, die nur etwa 10 Prozent Dänen aufweist. In der zweiten Zone entschied man sich dagegen für eine geminderte Abstimmung und ermöglichte es dadurch, daß zu der „dänischen“ ersten Zone noch eine stattliche Zahl von Gemeinden zu Dänemark hinzugeschlagen werden konnte; jedenfalls hoffte man durch eine mit Hochdruck arbeitende Werbearbeit noch recht viele dänische Gemeinden zu gewinnen. Die Ungerechtigkeit dieses Verfahrens liegt auf der Hand.

Der moralische Eindruck, den das Deutschtum nun bei der zweiten Abstimmung mit einem überwältigenden Sieg gemacht hat, wird hoffentlich seine Wirkung bei der Grenzfestlegung nicht verfehlen. Vielleicht wird es jetzt möglich sein, daß die Forderung der deutschen Nordschleswiger zur Erörterung kommt, nämlich die Forderung der sogenannten Tiebje Linie als gerechteste Lösung der Nationalitätenfrage in der Nordmark. Diese Linie, die nach ihrem deutschen Urheber benannt ist, verläuft nördlich der Flensburgr Föhre nach Westen und erreicht die Nordsee nördlich von Hoyer, also im großen Ganzen 5 bis 10 Kilometer nördlich der sogenannten Clausen Linie, die ihren Namen von einem dänischen Magister hat und die Grenze zwischen der ersten und zweiten Abstimmungszone bildet. Die Tiebje Linie würde einen einigermaßen gerechten Ausgleich zwischen den beiden Bevölkerungen schaffen. Jede andere Grenze, die weiter südlich verläuft, zieht einen gewaltsamen Riß durch das Land Schleswig und seine Geschichte und spricht dem „Up ewig ungedeck“ Hoh.

Ueber die Treue, mit der die Schleswiger der zweiten Zone zu Deutschland gehalten haben, wollen wir uns trotz der unerquidlichen und besorgniserregenden Vorgänge in Berlin freuen. Wenn im ganzen Reich solche Treue herrschte, dann könnten wir ruhig der Zukunft ins Auge blicken. Handlungen freilich, wie sie die Berliner Putschleute ebenso unbefonnen wie gewalttätig unternahmen, sind nicht dazu angetan, auch bei der wichtigen deutsch-dänischen Frage der Grenzregelung der Vermunft und der Gerechtigkeit zum Sieg zu verhelfen.

H. O. R.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. März 1920.

Vom Landtag.

Der Württemb. Landtag hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in der Präsident Keil betonte, der Landtag befunde feierlich, daß er auf dem Boden der Reichsverfassung stehe und nur eine verfassungsmäßig zustande gekommene Regierung anerkenne. Staatspräsident Elos verurteilte die Freveltat in Berlin, hinter der sich die Reaktion aller Schattierungen verborge. Die Einladung Kapps zu Beratungen nach Berlin sei eine Frechheit. Der Stuttgarter Streik sei ein überflüssiges Unternehmen, berge aber keine größere Gefahr in sich. Ein Antrag der Mehrheitspartei, die Aussprache über die Ausführung des Staatspräsidenten zu vertagen, wurde gegen die Stimmen der Bürgerpartei und den Unabhängigen angenommen. Präsident Keil wurde unter dem Beifall des Hauses ermächtigt, der Reichsregierung und der Nationalversammlung den Willkommengruß des Landtages zu entbieten.

Von der deutsch-demokratischen Partei sind folgende Anfragen eingegangen: Ist der Herr Minister des Innern bereit, über den durch das Gesetz vom 15. Dezember 1919 notwendig gewordenen Aufbau der Ministerialabteilung für das Gesundheitswesen Auskunft zu geben, insbesondere darüber, ob dabei die dem Ministerium des Innern bekannt gegebenen Wünsche der ärztlichen Berufsorganisationen Berücksichtigung finden werden. — Ist der Herr Ernährungsminister bereit, über den Zweck und die Verwendung der Zuschläge zu den Grundpreisen künstlicher Fäugemittel Auskunft zu geben? — Vom Bauernbund wurde folgende Anfrage eingebracht: Ist der Herr Ernährungsminister bereit, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Preise für die an Frankreich und Belgien abzuliefernden Tiere den Marktpreisen angepaßt werden? — Von der deutsch-demokratischen Partei wurde noch ein weiterer Antrag eingebracht: Ist der Herr Finanzminister bereit: 1. zu beantragen, daß zu den Arbeiten in den staatlichen und unter staatlichem Einfluß stehenden Torwerke in erster Linie geeignete Arbeitslose herangezogen werden? 2. der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in dieselben Torwerke durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken?

Der Generalfreik in Stuttgart.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Der von den vereinigten Gewerkschaften beschlossene zweitägige Generalfreik hat heute morgen 9 Uhr begonnen. In den Fabriken ruht die Arbeit. Die Straßenbahn verkehrt nicht mehr. Eisenbahn und Post sind noch tätig. Die Zeitungen werden teilweise nicht erscheinen.

Die Haltung der Stuttgarter Einwohnerwehr.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. Die Führer der Einwohnerwehr richten an die Bevölkerung folgenden Aufruf: „Schwaben! Die Einwohnerwehr schützt die verfassungsmäßige Regierung und die Nationalversammlung gegen jeden Putsch von rechts und von links, eingedenk des Wahlspruches „Furchtlos und treu!“ Die Führer der Einwohnerwehr.“

Die württembergischen Verkehrsbeamten zum Poststreik.

(W.B.) Stuttgart, 16. März. An die Presse! Nach Zeitungsmeldungen soll der Reichspostminister Giesberts angeordnet haben, daß die Post nicht streiken dürfe. Der Bund der württembergischen Verkehrsbeamten legt Wert darauf, zu erklären, daß eine Beschlusfassung über eine solche Maßnahme lediglich Sache der organisierten Beamtenschaft ist.

Eine Mahnung der Postverwaltung.

Amlich wird gemeldet: Anlässlich der Tagung der Nationalversammlung in Stuttgart wird sich der Telegramm- und Fernsprecheverkehr in außergewöhnlichem Maße steigern. Wenn die Postverwaltung auch alle Vorbereitungen getroffen hat, so läßt sich nicht mit Sicherheit voraussagen, ob die vorhandenen Einrichtungen, insbesondere die Fernleitungen, zur Bewältigung des Verkehrs völlig ausreichen werden. Den Verkehrstreibenden wird daher in ihrem eigenen Interesse nahegelegt, während dieser Zeit bei der Benützung der Telegraphen und des Fernsprechers tunlichste Zurückhaltung zu üben.

Einberufung der Verkehrswehr.

Vom Vorstand des Bundes der württ. Verkehrsbeamten wird uns mitgeteilt: Angesichts der politischen Lage ist die Verkehrswehr, zunächst in Stuttgart, aufgerufen worden. Sie dient ausschließlich dem Schutz der Verkehrsanlagen, Bahn und Post und wird alle Eingriffe, von welcher Seite sie kommen mögen, mit bewaffneter Hand zurückweisen. Die Verkehrswehr ist durch grüne Armbinden gekennzeichnet. Vor dem Aufbruch auf den Bahnhöfen, namentlich bei Nacht, wird gewarnt.

Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer.

Das Reichsbanddirektorium hat das Girokonto der Reichshauptbank, die Reichsbankhauptkasse und alle Reichsbankankalten angewiesen, von jetzt an Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer entgegenzunehmen. Bei den Einzahlungen bis zum 30. Juni einschl. werden je 92 Mark, vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 einschließlich je 96 Mark als Zahlung von 100 Mark auf die Abgabe für das Reichsnotopfer angenommen. Der Unterschied zwischen der Zahlung und dem durch sie getilgten Abgabebetrag stellt die Vergütung für Vorauszahlungen gemäß § 41 des Gesetzes über das Reichsnotopfer dar. Die im § 30 des Gesetzes vorgeschriebene Verzinsung der Abgabe mit 5 vom Hundert vom 1. Januar 1920 ab hört für den durch die Zahlung getilgten Betrag mit dem Tage der Einzahlung auf.

Die ländliche Volkshochschule in Liebenzell.

Vom Verein zur Förderung der Volksbildung wird uns geschrieben: Die erste und bisher einzige ländliche Volkshochschule in Süddeutschland — beginnt am 1. Mai ihren 4. Kurs — diesmal im neuen, größeren Heim; sie hat sich nun als lebensfähig erwiesen und darf mit ihrer Arbeit werbend vor einen größeren Freundeskreis treten. Von den städtischen Volkshochschulen unterscheidet sich die Liebenzeller Schule grundlegend dadurch, daß ihre Schülerinnen (je 20 bis 30) über die Dauer eines 4 1/2 monatlichen Kurses ganz im Schulheim wohnen, zusammen mit drei Lehrerinnen. Dieses familienhafte Zusammenleben mit Gleichstrebenden unter mütterlicher Führung wird von den Schülerinnen selbst immer wieder als ebenso fördernd empfunden, wie der Unterricht. Neben dem wissenschaftlichen Unterricht, der nicht auf einen bestimmten Beruf vorbereitet, sondern die Schülerinnen zu einer vertieften Auffassung ihrer Lebensaufgabe in jedem Beruf führen will, werden die jungen Mädchen in die praktischen Aufgaben der ländlichen Hausfrau und Mutter eingeführt, durch praktische Arbeit in Küche, Haus und Garten und den Unterricht in Erziehungslehre und Säuglingspflege, Nahrungsmittelkunde und Gesundheitspflege. — Man hat die Schule auch eine „Heimatschule“ genannt; denn in das Leben der Heimat will sie ihre Schülerinnen mit offenen Augen und Herzen hineinleiten. Sie lehrt sie, in die geschichtliche Vergangenheit unseres Landes sehen, sie führt sie ein in die Werte unserer Dichter und Denter und weckt in ihnen Freude an all dem, was sich in Sprache, Sitten und Bräuchen der Heimat an Schönes und Eigenartigem zeigt. — Unterricht und Leben in der Schule wird durch Freunde aus dem Städtchen (Pfarrer und Lehrer) mit wertvollen Darbietungen bereichert. Bisher hat der Verein für ländl. Wohlfahrts- und Jugendpflege, der die Schule ins Leben gerufen hat, sie tatkräftig

unterstützt. Jetzt hofft er, daß der württembergische Bauernbund selbst seiner Schule die wirtschaftliche Grundlage schaffen hilft. Jeder einjährigvolle Landwirt sollte helfen, entweder durch einmaligen oder fortlaufenden Beitrag oder durch Zeichnung von Anteilscheinen mit 200 oder 500 M. Es bietet sich hier eine günstige und schöne Gelegenheit, Geld in doppelter Weise nützlich anzulegen. Zunächst braucht unsere reifere weibliche Landjugend eine Bildungstätte, die nicht nur praktischen Haushaltungsunterricht bietet, sondern vor allem dem Bedürfnis nach geistiger Nahrung in richtiger Weise entgegenkommt. Dem Landvolk, seinem wirtschaftlichen und geistigen Gedeihen, wird die Liebenzeller Schule, je länger desto mehr, zugute kommen; denn aus ihr werden Landfrauen hervorgehen, die den Anforderungen der Zeit gewachsen sind; Frauen, die ihre ländliche Heimat, die Scholle, die sie bebauen helfen, lieben und uns Kinder heranziehen; die das Vaterland neu aufrichten helfen. Wer dazu beitragen will, daß aus der Lebensstaat unserer Gefallenen neues Leben aufsteigt, der unterstütze die Liebenzeller Pflanzstätte gesunden Bauernlebens.

Anfragen und Anmeldungen für den Sommerkurs richten man baldigst an die Leitung der Volkshochschule Liebenzell. Vordrucke für Zeichnung von Anteilscheinen sind durch die Geschäftsstelle des Vereins für ländliche Wohlfahrtspflege, Eilinger, Turmstraße 2, erhältlich. Gaben erbittet man an Postcheckkonto 2704 in Stuttgart.

D. Hirsau, 15. März. Die Besprechung allgemeiner Schulfragen hatte am Sonntag Abend im Saale des „Hirsau und Bann“ eine große Zahl Mitglieder der evangelischen Gemeinde und der Ortsgruppe Hirsau des Evangelischen Volksbundes zusammengeführt. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe, Oberkontrolleur Häupler, ergriff der Referent des Abends, Pfarrer Bahler, das Wort zu längerer Ausführung über das, was evangelische Christen von der Neuordnung des Schulwesens zu wissen haben. Eine große Anzahl der vielen Schulfragen müssen der staatlichen Verwaltung überlassen bleiben und obgleich dem evangelischen Christen auch diese Fragen am Herzen liegen, muß er ihnen zunächst neutral gegenüberstehen. Hier erste steht er vor folgenden Fragen: 1. Wie sind die auf die Schulen bezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung zu beurteilen? 2. Welche Schularten kommen in Betracht und für welche Art hat sich der evang. Christ zu entscheiden und einzutreten? 3. Welche Wünsche hat er bezüglich der Umgestaltung des Religionsunterrichts zu äußern? 4. Was sind die Wünsche bezüglich der Gestaltung der Leitung und Beaufsichtigung des Religionsunterrichts? Der Referent verdeckelte sich eingehend über diese 4 Punkte und empfahl am Schluß die Abstimmung über eine Resolution. Nachdem einige Redner, Oberkontrolleur Häupler, Finanzamtmann Elwert, Fabrikant Wezel und Pfarrer a. D. Belsch, sämtlich in zustimmendem Sinne zur Sache gesprochen hatten, fand die beantragte Resolution einstimmige Annahme. Nach dieser tritt die Versammlung dafür ein, daß die evangelische Schule wo immer möglich erhalten werde.

* Montag, 16. März. Bei der am 7. März abgehaltenen Schlußfeier des hiesigen Kochkurses hat nicht Schultzeis Rentzler, sondern Schultzeis Klotz die Anwesenden begrüßt.

(S.C.) Nagold, 16. März. Durch Landjäger wurden in Hatterbach verschiedene junge Leute unter dem Verdacht der Schwarzjägererei festgenommen und ins hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Am Samstag wurde durch den Landjäger auch in Nagold eine Verhaftung wegen Schwarzjägererei vollzogen.

(S.C.) Urach, 16. März. Die hiesige Arbeiterschaft ist aus Anlaß der Vorgänge in Berlin am Montag früh in den Generalfreik getreten.

Zu der Schriftl. verantw.: J. Berr.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Gemeinde Breitenberg.

Am Samstag, den 20. März 1920, mittags 2 Uhr, kommt nachstehend verzeichnetes



Stammholz

auf dem Rathaus im öffentlichen Aufsteich zum Verkauf:

Forchen:

Langholz: 6,78 Fm. II. Kl., 123,43 Fm. III. Kl., 88,87 Fm. IV. Kl., 28,53 Fm. V. Kl.

Sägholz: 2,65 Fm. II. Kl., 2,41 Fm. III. Kl.

Tannen:

Langholz: 48,59 Fm. I. Kl., 77,10 Fm. II. Kl., 123,68 Fm. III. Kl., 49,28 Fm. IV. Kl., 21,72 Fm. V. Kl.

Sägholz: 11,45 Fm. I. Kl., 2,97 Fm. II. Kl., 0,74 Fm. III. Kl. Inbegriffen in den Verkauf kommen noch ca. 200—250 Fm.

starke Fichten

(Schälholz). Liebhaber werden eingeladen.

Den 16. März 1920.

Gemeinderat.

Gemeinde Röttenbach.



Stammholz

Berkauf.

Am Freitag, den 19. März 1920, nachmittags 1 Uhr, kommt auf dem hiesigen Rathaus aus dem Gemeindefonds:

250 Stück forchenes u. tanneses Langholz I. bis VI. Klasse und zwar Forchen 120 Fm., Tannen 91 Fm., in öffentlichem Aufsteich zum Verkauf.

Den 13. März 1920.

Gemeinderat.

Pflegestellen gesucht.

Zur Unterbringung von Kindern im Alter bis zu 3 Jahren suchen wir alsbald

gute Familienpflegestellen gegen zeitgemäßes Pflegegeld.

Pforzheim, den 13. März 1920.

Armenverwaltung.

Vor Ankauf wird gewarnt!



Dobermann, schwarz mit braunen Flecken, entlaufen.

Gegen Belohnung abzugeben im

Gasthof zum „Löwen“, Unterreichenbach.

Warnung!

Unterzeichneter warnt hiermit sämtl. Geschäftsleute, der Frau

Marie Hennefarth, geb. Singer,

Waren unentgeltlich abzugeben, da ich für keinen Schaden aufgenommen werde.

Otto Hennefarth, Calw, Vorstadt 282.

Ein gelber

Pinscher ist zugelaufen.

Derselbe kann abgeholt werden innerhalb 2 Tagen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld bei

Gg. Heim, Gchingen.

Zarte, Hände weisse erzeugt d. herrlich duftende „Sameln“. Bei aufgesprungen, roter, rissiger Haut und bei Frostbeulen dürfte es nie fehlen. Zu haben in der Ritter-Drogerie

Verloren

ging am Sonntag, den 7. ds. Mts. auf dem Weg von D.-Reichenbach über Altburg nach Calw ein brauner

Aeberzieher

mit Monogramm J.R. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen sehr hohe Belohnung auf der Geschäftsstelle dieses Blattes abzugeben.

Zwei neue

Leiterwagen,

je 50 Ztr. Tragkraft, eine Partie

Alkazien

verkauft

Chr. Stürner, Calw.

Oberlengenhardt.

Unterzeichneter setzt einen 6—7 jährigen

Schimmel-

Wallachen,

fehlerfrei, sofort dem Verkauf aus

Christ. Kirn,

Milchhändler.

Schöne

Pfälzer

Zwiebel

eingetroffen.

Fr. Volz, Handlung,

Oberreichenbach.

Tabaksteuer kommt!

Empfehle Wiederverkäufern und Wirten

Cigarren

100 Stück zu Mk. 55.— bis 140.—.

Rauchtabake

in reicher Auswahl.

Eugen Dreiß, Calw am Markt.

1 beinahe neuer

Webers

Bachofen,

(10—12 Laib)

1 Blasbalg

für Schmiede und Schlosser, sehr gut erhalten, billig zu verkaufen

St. Preusch, Flaschnermeister, Unterreichenbach.

Zirka 2 Zentner

Heu,

einen schönen

Zucht-Enten

(auch gegen Taufsch) und eine gute

Violine

zu verkaufen

Lederstraße 89.

Ottenbronn.

Verkauf am Samstag, den 20. März, nachmittags 4 Uhr

3 Buchen

mit zusammen 3,30 Festm., Zusammenkunft bei der Bude Ottenbronner Steige.

Ulrich Stoll.

Wer übernimmt fortlaufendes Sammeln von

Brombeer-

Blättern

gegen gute Bezahlung?

Angebote an

Friedr. Kraushaar, Kaffee-

u. Tee-Handlung, Stutt-

gart, Gutenbergstraße 109.

Evang. Volksbund

Am Sonntag, 21. März, findet abends 7/8 Uhr im „Badischen Hof“ ein

Gemeinde = Abend

für die Mitglieder des Evangelischen Volksbundes statt.

Pfarrer Dr. Blanck
wird über

„Das christliche Familienleben in der Gegenwart“

sprechen. Nachher findet die Wahl des Ausschusses statt. Sämtliche Volksbundmitglieder, Männer und Frauen, sind zu zahlreichem Erscheinen eingeladen.

Für bedürftige Konfirmanden

bitten im Blick auf die hohen Preise für Kleider u. Schuhe recht inständig

um freundliche Gaben

Frau Dekan Zeller,
Frau Stadtpfarrer Schmid.

Gartengeräte aller Art

Gabeln, Hauen, Schaufeln,
Baum- und Handsägen,
Striegel, Ketten,
Friedrichstaler Sensen,
Brückenwagen, Hohlmaße
und Siebe.

Eugen Dreiß.

Trockn. Brennholz

Stockholz und Scheiter
zu kaufen gesucht.

Angebote frei Fabrik an

Liebenzeller Filzfabrik, Liebenzell.

Wir kaufen jede Menge
Tannen-, Fichten- u. Kiefer-
Nollen und -Scheiter,

1 und 2 Meter lang und erbitten Angebote
Blank & Stoll, Calw.

Aus Privathand guterhaltenes

2-4 sitzig. Auto

zu kaufen gesucht.

Angebote unter D. 61 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Fabrikantwesen oder Mühle

mit mittl. Wasserkraft sofort
zu kaufen gesucht.

Angebote an Selbstreflektant
C. Stiefelmayer, Werkzeugfabrik,
Eßlingen a. N., Telefon Nr. 90.

Unterzeichneter verkauft

ca. 50 Zentner Angersfen,
20 Zentner Heu,
10 Zentner Stroh
und 3 Zentner Wicken.

Karl Gayer, Dörlsheim.



Calwer
Lieber-
kranz.

RAFFEE
Formsprecher Nr. 120.

in bekannt
gut. Mischung,
roh u. jede Woche
frisch gebrannt
empfiehlt bestens
C. Serva.



Ruf's Heidelbeeren mit Zu-
taten. Pakete zu 100 Liter
M. 35.-

Ruf's Heidelbeeren mit Zu-
taten. Pakete zu 50 Liter
M. 17.75, mit Süßstoff 100
Liter M. 3.50 teurer.

Ferner Kunstmostansatz mit
Heidelbeersatz, mit und
ohne Süßstoff, in Flaschen
zu 50 und 100 Liter.

Niederlagen:
Friedrich Lamparter, Calw.
Emil Körner, Hirsau. Fr.
Oswald, Liebenzell. Carl
Stralle, Althengstett. Gott.
Sattler, Stammheim. Gottl.
Walz, Deckenpfronn.

Landwirte!

Zur Bekämpfung von
Krankheiten d. Schweine
spec. Krampf u. Rotlauf,
z. Auszucht u. Erhaltung
eines gesunden Tier-
bestandes gebraucht
einzig und allein die ächte
Hirsch - Universal-
Komposition.

Niederlage in der
Neuen Apotheke
Calw.

Die Unterzeichneten ver-
kaufen eine

Zementziegel- maschine,

4-5 Ztr. schwer, größtenteils
aus Gußeisen, sowie
300 Stück

Stahlblech- formen,

1 1/2 mm stark, 32 32 cm.
Die Formen sind auch für
Schlosser und dergleichen zur
Anfertigung eines dazu
passenden Artikels geeignet,
einen

Britischenwagen

mit 30-35 Ztr. Tragkraft.
Angebote sind zu richten an
Matth. Holz, Mauereinstr.,
oder Schuttheiß Mast, Alt-
bulach.

Jüngere, fehlerfreie



großtrüchtig oder neu melkend
sucht zu kaufen
Wilh. Decker,
oberes Bad Liebenzell.

Denk an Dein Kind!

Soll es gesund und kräftig sein und bleiben -
gib ihm täglich

Dr. Decker's Eiweiß-Nahrung

Uerfrast



Ärztlich empfohlen.
In Baden in Schachteln à 100 gr. Preis M. 5.-, in
Dosen à 200 gr. Preis M. 10.-, wo nicht, man sich an
Leitungswerte Decker & Co. GmbH,
Bielefeld.

Wir nehmen Zeichnungen auf
die Pforzheimer Stadtanleihe
zu 96% entgegen.

Creditbank f. Landwirtschaft u. Gewerbe
Calw.

Für arme Konfirmanden auf dem Lande
bitten wir um gütige Gaben!

Zugleich bitten wir die Herren Geistlichen des Bezirkes,
uns die Namen der Bedürftigen möglichst bald zu nennen.
Frl. Mina Zilling, Vorstadt.
Frl. Johanna Zahn, Bischoffstr.

Paul Rächle, vorm. I. Steudle
Calw, am Markt. Fernsprecher III.

Geschäftshaus für
Bekleidung und
Ausstattung.

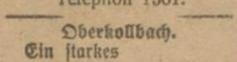
Starke Himbeer- seklinge

verkauft
Stationsverwalter
Büchler, Hirsau.

Zickel-

sowie alle andern Felle
kauft zu den höch-
sten Tagespreisen.
E. Maischhofer,
moderne Tierausstopferi,
Pforzheim, Lindenstr. 52,
Telephon 1501.

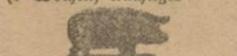
Oberkollbach. Ein starkes



Läuferfchwein

verkauft Fr. Bodemer.

Ein schönes, zum erst mal
(7 Wochen) trüchtiges



Mutterschwein

verkauft
Friedr. Mörk, Vöcker,
Gehingen.

Eine erstklassige Nutz-
und Fahr-



zu kaufen gesucht
Papierfabrik Wildbad.

Suche für sofort oder 1. Mai
1920 in Gasthof nach Schöm-
berg, O.N. Neuenbürg eine
tüchtige, selbständige

Röchin.

Ferner ein jüngeres, ge-
bildetes

Mädchen

für Bedienung und Zimmer.
Hoher Lohn und gute Be-
handlung zugesichert.

Angebote an Frau Otto
Gengenbach, Calw, Bahnhofs-
straße (Scharfes Eck).

Ein in der Küche erfahrener Mädchen

sucht
Gasthof zum Lamm,
Zavelstein.

Mädchen,

nicht unter 18 Jahren, willig
und fleißig, aus guter Fa-
milie, bis 1. oder 15. April
gesucht. Gelegenheit etwas
Nützliches zu lernen.

Haus Waldeck, Hirsau.

Suche auf 1. April ord
Mädchen bei gut. Behand-
lung. M. Meier, Stuttgart,
Reinsburgstraße 116 a.

Bis 1. Mai wird in ruhige
Familie ein tüchtiges

Mädchen

gesucht, welches im Kochen
und im Haushalt gut be-
wandert ist, bei hohem Lohn.
Frau Postsekretär Hiller,
Bischoffstraße 499.

Landwirtschaftliche Maschinen

und
Geräte aller Art

sowie
Siebe und Drahtwaren

empfiehlt

Gg. Wackenhuth.

Regulier- und Kochöfen

empfiehlt
Carl Seiz, Herd- u. Ofenhandlung,
Badstraße.

Einen gebrauchten, gut erhaltenen
irischen Ofen (Walter Köpf)

hat abgegeben
d. Obige.

Reiner Kentucky-Rauchtabak

sowie echter
Nordhäuser Rauchtabak
ist eingetroffen.

Ferner teile ich meiner werten Kundschaft mit, daß ich
am Donnerstag einen größeren Posten

Auswurf-Zigarren (Fehlfarben)

ausnahmsweise großes Format zu dem äußerst billigen
Preis von 40 Pfg. verkaufe.
Nur für Selbstverbraucher.

Robert Ott, Calw, Salzgasse 65.

Lohnender Nebenberdienst!

bietet sich strebsamen Personen durch Uebernahme unserer
Verwaltung
für den Bezirk Calw und Umgebung.
Bei Qualifikation erfolgt evtl. Anstellung.
Württembergischer Versicherungsverein a. S.
Stuttgart-Charlottenbau. Der Vorstand.

Einige Holzfäller

zum Fällen von 300 Ster Weichholz
im Hagenschieß auf sofort gesucht.
Bürgermeisteramt Ersingen.

Lohnender Nebenberdienst!

bietet sich strebsamen Personen durch Uebernahme unserer
Verwaltung
für den Bezirk Weilberstadt und Umgebung.
Bei Qualifikation erfolgt evtl. Anstellung.
Württembergischer Versicherungsverein a. S.
Stuttgart-Charlottenbau. Der Vorstand.

Christliches Mädchen

oder alleinstehende Frau für
kleineren Haushalt gesucht
(3 Personen)
Frau Pollak,
Pforzheim, Haußstr. 1.

Tüchtiger Schneider

auf sofort gesucht.
Carl Zülle, Pforzheim,
Kallhardtstraße 44.